

Mohssen Massarrat,

Der Verfasser ist Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind: Politische Ökonomie, Politische Ökologie, Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Friedens- und Konfliktforschung sowie Mittlerer und Naher Osten.

25. Februar 2003

### **Die Stunde der Selbstbehauptung**

Der Irak-Konflikt resultiert u. a. aus einer Hegemonialpolitik der Vereinigten Staaten, die vor allem auch gegen Europa als politischem Verbündeten und gleichzeitig mächtigsten ökonomischen Rivalen gerichtet ist. Gerade deshalb ist dieser Konflikt ein authentischer Anlass für den sich zuspitzenden gegenwärtigen Zwist zwischen den USA einerseits und Deutschland und Frankreich andererseits. Insofern ist Hermann Scheers Analyse (TAZ vom 18. Februar 2003) und dessen Schlußfolgerung, dass "die Selbstbestimmung der EU eine multilaterale Weltordnung erfordert" zuzustimmen. Zu erweitern wäre dieser Beitrag um die Analyse der transatlantischen Konfliktpotentiale und der Fragen nach sinnvollen Möglichkeiten und Schritten auf Europas holprigem Weg zu einer multilateralen Weltordnung:

Amerikas Unilateralismus bedeutet weit mehr als eine imperiale Neuordnung der Welt. Es geht um die absolute Weltherrschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, sind George W. Bush und seine Regierungsmannschaft offensichtlich entschlossen, ungeachtet der ablehnenden Haltung der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, gegen den Irak Krieg zu führen. Die neue US-Regierung repräsentiert eine von Machthunger, Öldurst und fundamentalistischer Rechthaberei getriebene Machtelite. Zentral ist dabei, durch einen Sieg aller Welt die eigene militärische Übermacht demonstrativ vor Augen zu führen. Gleichzeitig geht es auch um den monopolistischen Zugriff auf die strategischen Ölreserven im Mittleren Osten, um dieses Monopol um so wirkungsvoller als hegemonialpolitischen Hebel einzusetzen, vor allem gegenüber Europa, Japan, Russland, China und Indien. George W. Bush hält die USA militärisch für mächtig genug, um Amerikas unilaterale Weltordnung durchzusetzen. Beängstigend ist allerdings seine Überzeugung,

dass "Gott Amerika diese Stärke verliehen hat", um "den Frieden in der Welt herzustellen".

Die absolute Vorherrschaft der USA wird angesichts ihrer flächendeckenden Auswirkungen auf das Zusammenleben der Völker, auf die Verstärkung globaler Ungerechtigkeiten und auf die Zuspitzung globaler Umweltkrisen imperialistischer sein als alle bisher in der Weltgeschichte bekannten imperialistischen Systeme.

An dieser Entwicklung ist Europa selbst nicht unbeteiligt. Durch seine vasallenhafte Unterstützung der US-Kriege auf dem Balkan hat Europa bereits seit 1999 sukzessive dem US-Unilateralismus den Weg bereitet. Bundeskanzler Schröder scheint diesen historischen Fehler inzwischen begriffen zu haben und auch seit dem Sommer 2002 zu spüren, wohin die Reise gehen soll. Sein instinktives Nein zu einem Irak-Krieg mit oder ohne UN-Resolution war eine Entscheidung von historischer Reichweite weit über den Irak-Konflikt hinaus. Außenminister Fischer hat dagegen offenbar die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt, sein Vertrauen in das transatlantische Bündnis scheint größer zu sein als das Vertrauen in die Europäische Union, den Aufbau einer multilateralen Weltordnung voranzutreiben. Sein Nein zum Irak-Krieg ist merklich zurückhaltend, jedenfalls nicht leidenschaftlich überzeugend. Überdies bleibt rätselhaft, warum der Außenminister sich die Chance, die osteuropäischen Staaten für eine gesamteuropäische Anti-Kriegsposition zu gewinnen, entgehen ließ, die Collin Powell dagegen für Amerikas Kriegslegitimation zu nutzen wusste. Die zehn osteuropäischen Staaten sind ja nicht nur Anwärter für den Beitritt zur Nato, sie alle sind auch Beitrittskandidaten für die EU.

Die Entwicklung hin zu Amerikas unilateraler Weltordnung begann nicht erst mit der Amtsübernahme von George W. Bush und auch nicht nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Wurzeln dieser Entwicklung lassen sich bis zum Ende der siebziger Jahre zurück verfolgen. Dazu gehört auch der Nato-Doppelbeschluss von 1979. Die Grundlagen der US-Hegemonialstruktur sind lange vor dem Ende des Kalten Krieges im Herrschaftssystem der Vereinigten Staaten entstanden und tief verankert. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die Protagonisten des US-Hegemonialanspruches jedoch immer unverhohlener und offensiver in Erscheinung getreten. Nun haben sie den bisher verborgenen transatlantischen Gegensatz unwiderruflich zu Tage gefördert. Hat aber Europa überhaupt

eine andere Perspektive als sich der absoluten Weltherrschaft der USA zu fügen oder wird Europa in der Lage sein, anlässlich des Irak-Konflikts eigene moralische und politische Ressourcen für eine multilaterale Weltordnung zu mobilisieren?

Welche konkreten Schritte auch entwickelt werden, Europas Weg für eine multilaterale Weltordnung müsste so beschaffen sein, dass er bei der amerikanischen Bevölkerung nicht grundsätzlich auf Ablehnung stößt und den Handlungsspielraum der Protagonisten einer unilateralen Weltordnung sukzessiv einengt. Andernfalls besteht die realistische Gefahr, die multilaterale Perspektive für die Welt über Jahre oder Jahrzehnte zu blockieren. Dies impliziert ernsthafte europäische Initiativen für Identität stiftende Projekte, die nicht den Dissens mit der US-Regierung verstärken, sondern den Konsens mit Amerikas Bevölkerung fördern. In diesem Sinne ist Michael Brumliks Vorschlag (TAZ vom 16.01.2003), dem "amerikanischen Neoimperialismus den europäischen Neo-Neutralismus" entgegen zu setzen und "die Mitgliedschaft im militärischen Teil der Nato ruhen und ... die entsprechenden bilateralen Übereinkünfte überprüfen (zu) lassen" eher kontraproduktiv. Derart symbolische Schritte sind eher dazu geeignet, auf beiden Seiten des Atlantiks Gegenkräfte zu mobilisieren. Sinnvoller erscheint dagegen, diese "Nebenkriegsschauplätze" möglichst zu vermeiden.

Die Nato hat seit dem Krieg der USA in Afghanistan ohnehin an Bedeutung verloren. Gegenwärtig befindet sie sich sogar in einer ernsthaften Krise. Die offensichtliche Instrumentalisierung der Türkei, um die übrigen europäischen Nato-Mitglieder in die Falle einer Beteiligung an Kriegsvorbereitungen gegen den Irak zu locken, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem Deutschland und Frankreich sich um eine Verhinderung des Krieges bemühen, offenbart das instrumentelle Interesse der USA an dieser Institution. In Amerikas unipolarer Weltordnung wird sich die Nato noch deutlicher als es bisher erkennbar wurde in ein globales Machtinstrument der USA verwandeln und dadurch die ihr ursprünglich zugedachte Funktion, der partnerschaftlichen kollektiven Sicherheit, vollends verlieren. In einer multipolaren Weltordnung wäre die Nato ohnehin ein Fremdkörper. Dagegen entspricht die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) weitestgehend den Anforderungen der Multipolarität. Daher stünde die Wiederbelebung der in den letzten Jahren zurückgedrängten OSZE gerade jetzt auf Europas außenpolitischer Agenda. Dieses auf

die Zukunft gerichtete Projekt gezielt und offensiv weiter zu entwickeln, schafft eine unvergleichbar stärkere Dynamik für eine multipolare Weltordnung als eine lähmende und perspektivlose Beschäftigung mit der Nato.